

Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.

9. Wahlperiode

Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.



Niederschrift

über die Sitzung am Dienstag, 09.09.2014
im Kreishaus Borken, Kreisausschuss-Sitzungssaal

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:15 Uhr

Anwesend:

Vorsitz:

Jens Steiner

Heek

Mitglieder:

Ralf Bertram

Bocholt

Annette Brun

Heiden

Heidi Buskase

Gronau

Annette Demes

Ahaus

Sven Gabbe

Gronau

Ulrich Gühnen

Isselburg

Alfred Kemper

Vreden

Günter Kendzierski

Gronau

Anne König

Borken

Stephan Koop

Borken

Vertretung für Herrn Werner
Bleker

Paul Lensing

Borken

Rudi Lüdtker

Gronau

Helmut Möllenkotte

Schöppingen

Dominique Niemeyer

Borken

Vertretung für Herrn Manfred
Kuiper

Heiko Nordholt

Gronau

Rainer Sobottka

Schöppingen

beratende Mitglieder:

Cajus Bauhaus

Bocholt

Vertreter/innen der Verwaltung:

Dr. Hermann Paßlick

Dr. Albert Groeneveld

Heribert Volmering

Heinz-Josef Beckmann

Martin Ehling

Erledigung der Tagesordnung:

Vorsitzender Steiner eröffnet die Sitzung und begrüßt die Erschienenen. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Die Tagesordnung wird um die Anträge der Fraktion B90/ DIE GRÜNEN, Asylbewerberunterkunft am Baumschulweg in Ahaus (TOP 8) und Neubau eines Tierheimes in Ahaus (TOP 9) erweitert. Die Einwendungen bezüglich der Niederschrift der letzten gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung und des Ausschusses für Umwelt werden unter Tagesordnungspunkt 3 besprochen.

A. Öffentlicher Teil

**Punkt 1: Verpflichtung der Ausschussmitglieder, die nicht dem Kreistag angehören.
Vorlage: 0221/2014**

Vorsitzender Steiner erklärt, sachkundige Bürger und Einwohner des Ausschusses seien in ihr Amt einzuführen und zur gesetzmäßigen sowie gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu verpflichten. Die Ausschussmitglieder erheben sich von ihren Plätzen und die ordentlichen Mitglieder Ralf Bertram, Werner Bleker, Alfred Kemper, Günter Kendzierski und Rainer Sobottka sowie die stellvertretenden Mitglieder Reinhold Kampshoff und Stephan Koop sowie das beratende Mitglied Cajus Bauhaus werden vom Vorsitzenden förmlich verpflichtet.

**Punkt 2: Bestellung eines Schriftführers und dessen Stellvertreter
Vorlage: 0222/2014**

Beschluss: einstimmig

Kreisamtsrat Heinz-Josef Beckmann wird zum Schriftführer für den Ausschuss für Sicherheit und Ordnung und Kreisamtsrat Martin Ehling wird zu dessen Stellvertreter bestellt.

Punkt 3: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 29.04.2014

Herr Steiner weist auf den mit der Einladung versandten Antrag der Fraktion B90/DIE GRÜNEN auf Ergänzung der Niederschrift über die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung und des Ausschusses für Umwelt vom 29.04.2014 hin. Anders als bei einem Verlaufsprotokoll würden bei einem Ergebnisprotokoll nicht alle einzelnen Diskussionsbeiträge wiedergegeben, sondern dies würden zu Kerninhalten zusammengefasst, so dass die Beschlussfassung nachvollzogen werden könne.

Im Ausschuss besteht Einigkeit, dass mit der Versendung und Thematisierung im Ausschuss für Umwelt des Änderungsantrages die angesprochenen Punkte ausreichend erwähnt wurden.

Der Antrag war der Einladung beigelegt.

Punkt 4: Controllingbericht des Fachbereiches 39 - Budget 3 - zum 30.06.2014
Vorlage: 0235/2014

Herr Dr. Groeneveld erläutert kurz die einzelnen Produkte des Controllingberichtes. Von den Ausschussmitgliedern werden dazu keine Anmerkungen gemacht.

Der Controllingbericht des Fachbereiches 39 zum 30.06.2014 wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 5: Controllingbericht des Fachbereiches 32 - Budget 10 - zum 30.06.2014
Vorlage: 0236/2014

Herr Volmering erläutert die einzelnen Produkte des Controllingberichtes. Zum Produkt 10.01.04 – Kostenrechnende Einrichtung des Rettungsdienstes erklärt er, dass die Sonderrücklage zum 31.12.2013 einen niedrigeren Bestand ausweise als ursprünglich kalkuliert. Diese Veränderung werde in die Gebührenkalkulation für die nächste Periode einbezogen. Die bisherige Kalkulationsperiode laufe Ende des Jahres 2014 aus, so dass für die nächste Sitzung im November die Erörterung der neuen Gebührentarife vorgesehen sei. Aus diesem Grund kündigt er eine Gebührenanpassung für das Jahr 2015 an.

Der Controllingbericht des Fachbereiches 32 zum 30.06.2014 wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 6: Vorstellung des Geschäftsberichtes Rettungsdienst 2013

Herr Volmering stellt den „Geschäftsbericht Rettungsdienst 2013 Kreis Borken“ vor. An Hand eines Power-Point-Vertrages ergänzt er einzelne Aspekte aus dem Geschäftsbericht und beantwortet Nachfragen der Ausschussmitglieder Gabbe, Nordholt und Sobottka. Die Unterlagen des Vortrages werden dieser Niederschrift beigelegt.

Für Ausschussmitglied Kemper stellt hinsichtlich des kassenärztlichen Notdienstes die Frage, ob und wie ermittelt werden könnte, inwiefern z. B. in der Nachtzeit oder am Wochenende der Einsatz des Rettungsdienstes (Notruf 112) erforderlich war oder ob ein Abruf des kassenärztlichen Notdienstes (Notruf 116 117) ausreichend gewesen wäre. Herr Volmering erläutert hierzu, dies zurzeit nicht bzw. nicht belastbar auswerten zu können. Hierzu müsse der manuell erstellte Transportbegleitschein, der evtl. einen Hinweis auf eine missbräuchliche Nutzung des Rettungsdienstes geben könnte, ausgewertet werden. Zukünftig sollen diese Daten durch mobile Datenerfassungsgeräte (MDE) festgehalten werden, um eine dv-technisch gestützte Auswertung vornehmen zu können.

Ausschussmitglied Gabbe stellt Nachfragen zu den Punkten „Besetzung von Krankentransportwagen an Wochenenden (samstags und sonntags) in der Zeit vom 08:00 – 18:00 Uhr an den Standorten Ahaus und Bocholt“, „Umstellung auf neue Defibrillatoren“ und zur „Ersatzbeschaffung eines Notarztfahrzeuges für Ahaus“. Herr Volmering beantwortet die aufgeworfenen Fragen und liefert ergänzende Informationen.

Ausschussmitglied Nordholt kommt auf das ORGAKOM-Gutachten aus dem Jahre 2012 (Seite 4) und die damit verbundenen Investitionen zu sprechen. Herr Volmering erklärt hierzu, dass das angesprochene Gutachten den Bedarf an Rettungsmitteln und Rettungspersonal untersuche. In einem ersten Schritt werde das Einsatzaufkommen analysiert und in einem aufbauenden Schritt eine Wahrscheinlichkeitsbetrachtung angestellt. Die notwendigen Investitionen zum Erhalt oder Neubau von Rettungsdienstgebäuden seien nicht Gegenstand des Gutachtens. Diese seien vorrangig durch die Nutzungsdauer und die gestiegenen Anforderungen (z.B. Hygiene) beeinflusst.

Anmerkung: Im Nachgang zur Sitzung wird mit dem Ausschussvorsitzenden Steiner ein gesonderter Informationstermin vereinbart. Am 08.10.2014 werden interessierten Ausschuss-

mitgliedern detaillierte und vertiefte Einzelheiten zum angesprochenen Gutachten vorgestellt. Die Einladung erfolgte am 16.09.2014 über die Fraktionsgeschäftsstellen.

Punkt 7: Antrag der SPD-Fraktion - Bericht über die zentrale Unterbringungseinrichtung in Schöppingen

Die SPD-Fraktion im Kreistag Borken hat einen Antrag bezüglich einer Berichterstattung über die Situation in der Zentralen Unterbringungseinrichtung (ZUE) in Schöppingen zur Sitzung eingereicht, der an dieser Stelle diskutiert wurde. Zum Einstieg in die Diskussion stellt Ausschussvorsitzenden Steiner bedauernd fest, dass die zuständige Bezirksregierung Arnberg von der Verwaltung zur Berichterstattung zwar eingeladen aber nicht erschienen sei. Herr Dr. Paßlick berichtet über den E-Mail Verkehr und ein noch am Sitzungstag geführtes Telefongespräch. Die Bezirksregierung werbe um Verständnis, da aufgrund des hohen Flüchtlingsstromes in personeller Hinsicht quasi ein Ausnahmezustand herrsche. Zudem verweise die Bezirksregierung auf die am Montag stattgefundene Informationsveranstaltung im Schöppinger Rat.

Ausschussmitglied Sobottka stellt die Gesamtsituation in der ZUE mit historischem Hintergrund vor und fasst zusammen. Die SPD fordert von der Bezirksregierung Arnberg

- die zugesagte Selbstbeschränkung von maximal 500 Asylbewerbern (derzeit 600) konsequent einzuhalten,
- das betreuende Personal in der ZUE sowohl qualitativ als auch quantitativ der gegebenen Situation anzupassen,
- einen menschenwürdigen Standard bei der Unterbringung von Asylbewerbern zu gewährleisten,
- die Informationspolitik der Bezirksregierung Arnberg so zu gestalten, dass das Misstrauen in der Schöppinger Bevölkerung abgebaut werde, um eine bestmögliche Akzeptanz zu erreichen.

Aus der sich anschließenden Diskussion wird deutlich, dass alle Mitglieder des Ausschusses der Zielrichtung des Antrages inhaltlich zustimmen.

Abschließend schlägt Ausschussmitglied Gabbe vor, eine Resolution an die Landesregierung auf den Weg zu bringen, deren Inhalt zwischen den Fraktionen abgestimmt und für den Kreistag fertiggestellt werden solle.

**Punkt 8: Asylbewerberunterkunft am Baumschulweg in Ahaus
Anfrage der Fraktion B'90/Die Grünen v. 28.08.2014
Vorlage: 0269/2014**

Zum eingereichten Antrag der Fraktion B90/DIE GRÜNEN bezüglich einer Asylunterkunft am Baumschulweg in Ahaus erläutert Herr Steiner die Hintergründe für die Haltung und das Agieren seiner Fraktion. Er habe untragbare Zustände an der Asylbewerberunterkunft am Baumschulweg vorgefunden. Der Fernsehbericht sei auf Initiative des WDR's entstanden.

Herr Dr. Paßlick nimmt zu den 4 gestellten Fragen des Antrages Stellung:

Zu Frage 1: Die derzeitigen Zustände in der Asylbewerberunterkunft waren dem Kreis Borken vor der aktuellen Presseberichterstattung nicht bekannt. Herr Dr. Paßlick erläutert ergänzend hierzu, dass der Fachbereich Gesundheit u.a. im Jahre 2014 eine Abfrage an alle Städte und Gemeinden gestartet habe, Gemeinschaftsunterkünfte und Einrichtungen, die der Hygieneüberwachung nach § 17 ÖDGD unterliegen, zu benennen. Aus diesen Angaben sei

ein Begehungsplan erstellt worden, der abgearbeitet werde. Die Asylunterkunft am Baum-
schulweg sei eingeplant, ein konkreter Termin stehe zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht fest.
Zwischenzeitlich sei das Objekt geräumt und werde nach Aussagen der Stadt Ahaus nicht
wiederbelegt.

Zu Frage 2: Der Kreis Borken führt keine ständigen Kontrollen durch. Mögliche Kontrollen
außerhalb des Begehungsplanes erfolgen anlassbezogen.

Zu Frage 3: Dem Kreis Borken sind keine weiteren Unterkünfte bekannt, die einen ähnlichen
Zustand aufweisen.

Zu Frage 4: Herr Dr. Paßlick erläutert, dass es auf Grund des Fernsehberichtes bezüglich
des Objektes Baumschulweg gut nachvollziehbar sei, dass die demonstrierten Zustände
nicht hingenommen werden dürften. Er verweist dazu auf die in dieser Sitzung vorgelegte
Stellungnahme der Stadt Ahaus. Danach sind die Missstände dadurch behoben, dass die
Unterkunft geräumt ist und nicht wiederbelegt werden wird.

Ausschussmitglied Gabbe stellt abschließend fest, diese Angelegenheit sei primär eine Auf-
gabe der Stadt Ahaus.

Punkt 9: Neubau eines Tierheimes in Ahaus
Anfrage der Fraktion B'90/ Die Grünen v. 28.08.2014
Vorlage: 0268/2014

Zum eingereichten Antrag der Fraktion B90/DIE GRÜNEN bezüglich des Neubaus eines
Tierheimes in Ahaus nimmt Herr Dr. Paßlick zu den gestellten Fragen wie folgt Stellung:

Zu Frage 1 +2:

Die Vertragsverhandlungen zum Neubau eines Tierheimes laufen derzeit und es soll auf
jeden Fall im kommenden Jahr eine adäquate Lösung geben. Die Substanz des bisherigen
Tierheimes in Ahaus ist veraltet und entspricht nicht mehr den tierschutzrechtlichen Bestim-
mungen. Es soll ein Neubau errichtet und mit qualifiziertem Personal versehen werden. Meh-
rere Modelle werden mit den betroffenen Städte und Gemeinden diskutiert.

Zu Frage 3:

Herr Dr. Groeneveld teilt hierzu mit, dass von den Städten und Gemeinden Ahaus, Borken
usw. folgende Anzahl von Tieren untergebracht wurden:

2011: 959 Fundtiere

2012: 722 Fundtiere, zusätzlich 116 durch das Veterinäramt des Kreises Borken

2013: 724 Fundtiere, zusätzlich 76 durch das Veterinäramt des Kreises Borken

Punkt 10: Mitteilungen der Verwaltung

keine

Punkt 11: Anfragen

keine

Ende des öffentlichen Teils